

# Landsmannschaft Ostpreußen

LANDESGRUPPE NORDRHEIN - WESTFALEN E. V.

59929 Brilon, Buchenring 21, Telefon: 02964-1037, Fax: 02964-945459

E-Post: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de

www.Ostpreussen-NRW.de



## *Rundschreiben 4/2013*

- Bevor wir gehen mußten -  
Kriegsweihnachten 1943 – Zeitgenössischer Briefkopf für Weihnachtspost



*Heimat ist Kraft, die uns erhält  
und Glaube, der nicht wanken läßt.  
Heimat ist Geborgenheit für alle  
und Liebe, die nicht erlischt –  
und Hoffnung und Sehnsucht  
im tiefsten Herzen.*

*(Margarete Dommasch, geb. 1901 in Schakuihnen, Kreis Elchniederung/Ostpreußen  
gestorben 1999 in Jonen/Schweiz)*

*Entnommen dem Buch „Wir aber mußten es erleben“ von Inge Keller*

Liebe Landsleute und Mitstreiter für die Belange Ostpreußens,

in dem nun bald endenden Jahr 2013 ist es der Landesgruppe wiederum gelungen, die uns gestellten Aufgaben anzugehen und zu erledigen. Unsere beiden Veranstaltungen in Oberhausen und das kleine Ostpreußentreffen auf Schloß Burg sind durch Ihr Kommen und tätige Mithilfe zu einem erfolgreichen Gemeinschaftserlebnis geworden. Dafür danke ich besonders den Vorstandskollegen und der Geschäftsführerin.

Vorbereiten sollten wir uns auf die Diskussion zu den Jahreszahlen 1914 (Erster Weltkrieg – 100 Jahre) und 1939 (Zweiter Weltkrieg – 75 Jahre). Ist es doch bezeichnend, daß ausländische Historiker (Christopher Clark) feststellen müssen, daß Deutschland nicht die Alleinschuld am Ersten Weltkrieg trägt, genau 3 Jahre nachdem die Bundesrepublik die letzte Rate für aus dem Versailler Vertrag abgeleitete Verpflichtungen getilgt hat. Eigentlich müßte uns doch die vermeintliche westliche Wertegemeinschaft diese aufgezwungenen Zahlungen zurückerstatten. Aber wer soll solche Forderungen in unserem Land erheben? „Mit nationalem Masochismus – oder Sadismus? – erklärte jüngst der einstige Außenminister Joschka Fischer den Vertrag von Versailles sogar für ‚zu sanft‘ und ‚nicht konsequent genug‘“. Siehe DIE WELT vom 13. November 2013.

Mit unserer diesjährigen Broschüre „**Danzig und Ostpreußen - zwei Kriegsanklässe 1939**“ von Gerd Schultze-Rhonhof wollen wir einen Beitrag zu dieser Thematik beisteuern. Jeder ist aufgefordert, für landesweite Verbreitung zu sorgen (Bestellungen bei unserer Geschäftsstelle 2,00 €Stück + Versandkosten).

Herzliche Bitte ergeht an alle Landsleute, unterstützen Sie das Deutschlandtreffen der Ostpreußen (17.-18. Mai 2014 in Kassel) und unsere geplante Zusammenkunft auf Schloss Burg (20. Juli 2014 – 65 Jahre Landesgruppe in NRW). In landsmannschaftlicher Verbundenheit darf ich Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und für das kommende Jahr 2014 alles erdenklich Gute wünschen.

Für den Landesgruppenvorstand  
Ihr Jürgen Zauner

#### **Termine**

15. März 2014	Frühjahrstagung der Landesgruppe in Oberhausen
17. u. 18. Mai 2014	Deutschlandtreffen der Ostpreußen in der Messe in Kassel
20. Juli 2014	Kulturveranstaltung der Landesgruppe auf Schloß Burg
25. Oktober 2014	Herbsttagung der Landesgruppe in Oberhausen

#### **Bitte teilen Sie uns mit, wenn Sie für das Deutschlandtreffen in Kassel einen Bus mieten und noch Mitfahrer benötigen.**

Bisher gemeldete Busse nach Kassel:

**Gruppe Remscheid** (02191-62070/02191-62121) Abfahrt 15.05.2014 – Rückfahrt 19.05.2014 , (€439,00, EZ €105)

**Serbien:** Erste Gruppenrehabilitierung von Donauschwaben – 113 ermordete Einwohner der Vojvodina-Ortschaft Odzaci (Hodschag) rehabilitiert.

Ein Gericht in der nordserbischen Provinz Vojvodina hat nun zum ersten Mal eine Gruppenrehabilitierung von Donauschwaben beschlossen. Laut der Tageszeitung „Vecernje novosti“ geht es um 113 einstige Einwohner der Kleinstadt Hodschag, die am 23. November 1944 von jugoslawischen Partisanentruppen ermordet wurden. Das Urteil des Gerichtes in Sombor stützt sich auf ein im Jahre 2006 erlassenes Rehabilitierungsgesetz, auf dessen Basis bisher nur Einzelpersonen rehabilitiert wurden. Der Rehabilitierungsantrag wurde dem Gericht in Sombor von einem Donauschwabenverband im deutschen Moosburg gestellt. Die Donauschwaben stellten vor dem Zweiten Weltkrieg rund 90 % der Einwohner von Hodschag, einer Ortschaft mit damals etwa 5.000 Einwohnern. Die Rehabilitierung eröffnet den betroffenen Familien nun auch die Möglichkeit, die Rückerstattung des nach dem Zweiten Weltkrieg beschlagnahmten Vermögens zu beantragen. Die Frist läuft noch bis März 2014.

In Serbien lebten 1940 550.000 Donauschwaben. Die späteren kommunistischen Behörden wiesen ihnen die Kollektivschuld für den Krieg und die deutsche Okkupation zu. Ihr gesamtes Vermögen wurde ab dem 21. Nov. 1944 konfisziert. Hunderttausende flüchteten oder wurden nach Kriegsende vertrieben. Tausende kamen in Internierungslager.

Ent. PHI Nr 32 vom 17. 09. 2013, Seite 266

#### **Streiflicht Völkerschlacht 1813: Geburt einer Nation.**

Über 6.000 Akteure werden am kommenden Sonntag in Leipzig-Markkleeberg in historischen Uniformen aufmarschieren. Es wird der Höhepunkt der örtlichen Erinnerungsfeierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Völkerschlacht sein, die am 19. Oktober 1813 nach dreitägigem blutigem Ringen endete. Es war die bis dahin größte Schlacht der Weltgeschichte, an der insgesamt etwa eine halbe Million Soldaten beteiligt waren. Über 90.000 wurden getötet oder verwundet.

Vollständiger Artikel mit Zusatzinformationen unter: <http://www.ostdeutsches-forum.net/aktuelles/>

### **Hundert Jahre Völkerschlachtdenkmal: Groß und herrlich wie ein Dom.**

Der deutsche Freiheitsdom steht in Leipzig: das Völkerschlacht-Nationaldenkmal. Als es am 18. Oktober 1913 zum 100. Jahrestag der Völkerschlacht eingeweiht wurde, war das Deutsche Reich ein junger dynamischer Staat, gerade einmal 42 Jahre alt, mit einem selbstbewußten, patriotisch gesinnten Bürgertum, das sich hier ein einzigartiges Denkmal gesetzt hatte, mit dem es der deutschen Erhebung gegen die napoleonische Fremdherrschaft und der nationalen Wiedergeburt Deutschlands „bis in der fernsten Zeiten Lauf“ erinnern wollte.

Vollständiger Artikel mit Zusatzinformationen unter: <http://www.ostdeutsches-forum.net/aktuelles/>

### **Vertriebenenpolitik: Schwalmstadt rettet Vertriebenen-Denkmal.**

SCHWALMSTADT. Ein Mahnmal zur Erinnerung an die deutschen Heimatvertriebenen im nordhessischen Schwalmstadt bleibt nun doch erhalten. Das Land Hessen gab nach dem Widerstand von Bürgermeister Gerald Näser (CDU) nach und erlaubte eine Wiederaufstellung des „Denkmal deutsche Ostgebiete“ vor dem örtlichen Landratsamt. Ursprünglich sollte das Mahnmal ganz verschwinden.

Verantwortlich für die Planungen ist das sich im Landesbesitz befindliche Hessische Immobilienmanagement. Dieses wollte das Mahnmal ursprünglich ganz verschwinden lassen. ...

Vollständiger Artikel mit Zusatzinformationen unter: <http://www.ostdeutsches-forum.net/aktuelles/>

### **Umzug Museum Königsberg nach Lüneburg sichert die Zukunft**

**28.08.2013**

„Ich habe mir schon lange Gedanken über die Zukunft des Museums gemacht“, sagt Lorenz Grimoni, der sich seit 1977 für die Stiftung und das Museum Stadt Königsberg engagiert, seit 1987 für die Leitung verantwortlich ist und seit 2002 „richtig reinhaut“. Das war das Jahr, als der Pfarrer in den Ruhestand ging. Seitdem hat er Ausstellungen organisiert wie „Kant der Europäer“ im Kulturhauptstadtjahr 2010 oder zur Stadtgeschichte Königsbergs 2012 anlässlich der 60-jährigen Patenschaft zwischen Duisburg und der Hauptstadt Ostpreußens bis 1945, heute Kaliningrad in Rußland.

Auf diese Patenschaft geht auch das Museum zurück, das 1992 eröffnet wurde und das 1968 eingerichtete „Haus Königsberg“ ablöste.

Zu jedem Exponat kennt Grimoni die Geschichte. Etwa über die Bronzefigur des wohl größten Königsbergers, Immanuel Kant. „Die lebensgroße Originalfigur von 1857 war zum Ende des Zweiten Weltkriegs verbuddelt worden.“

Als Gräfin Dönhoff sie später ausgraben und wieder aufstellen lassen wollte, war sie verschwunden. Sie ließ sie neu gießen und kehrte wieder vor die Immanuel-Kant-Universität, früher Albertina, zurück.

Oder über das Geschirr, das Kants Verleger LaGarde aus Wertschätzung für den Philosophen anfertigen ließ. Die Tasse zielt ein Kant-Porträt, die Untertasse eine Allegorie: Ein Genius überreicht der Göttin der Vernunft Kants „Kritik der reinen Vernunft“ – und sie nimmt sie huldvoll entgegen. „Das bedeutet, daß Kant vor ihr bestehen kann.“

Oder das wohl wertvollste Exponat: Ein Kant-Porträt in Öl, 1791 gemalt von Gottlieb Doebler, das die Stadt Duisburg erworben und dem Museum als Dauerleihgabe zur Verfügung gestellt hat. „Wir haben hier die größte Kant-Sammlung der Welt“, sagt der 74-Jährige.

Andere Aspekte widmen sich dem lebhaften Geistesleben in Königsberg im 18. Jahrhundert. Die Sammlung über die Bildhauerin Käthe Kollwitz, 1867 in Königsberg geboren, würde zusammen mit der Lüneburger Sammlung die drittgrößte Kollwitz-Sammlung in Deutschland bilden.

Der Umzugstermin sei Ende 2015 ins Auge gefaßt worden, weil auch das Lüneburger Haus noch Vorbereitungszeit benötige, erläutert Grimoni. Oberbürgermeister Sören Link habe zugesagt, der Stiftung anschließend weiterhin ein Büro zur Verfügung stellen. Das sei nötig, weil „Duisburg 60 Jahre lang Ansprechpartner für das Thema Königsberg in aller Welt war“. Erst kürzlich war ein Wissenschaftler aus China zu Gast.

Zudem gibt es eine Bibliothek mit etwa 4500 Titeln und eine Adreßdatei mit 300 000 Namen früherer Königsberger und ihrer Nachkommen. Nach wie vor kommen Anfragen in Erbschaftsangelegenheiten oder von Ahnenforschern.

Anne Horstmeier

#### **An die**

**Orts- und Kreisgruppen der Landsmannschaft Schlesien Nordrhein-Westfalen, 9. Oktober 2013**

#### **RUNDSCHREIBEN**

Liebe Landsleute!

Wie Sie inzwischen sicher wissen, hatte ich auf einer außerordentlichen Bundesdelegiertenversammlung am 5. Oktober nicht die Mehrheit für mein Verbleiben im Amt als Bundesvorsitzender erhalten. Vorausgegangen war eine beispiellose Diffamierungskampagne, in die auch staatliche Stellen eingebunden waren. Mit mir sollte ein führender Vertriebenenvertreter mundtot gemacht werden, der als Mahner für die Rechte der Schlesier und für eine wahrheitsgemäße Darstellung der Vertreibung eintritt. Diese Wahrheit kommt z. B. in der Konzeption der Vertriebenenstiftung zu kurz, was ich wohl als einziger aus der oberen Führungsebene der Vertriebenen kritisiert habe.

Die Abwahlkampagne war begleitet von Drohungen aus dem Haus Schlesien und aus dem Niedersächsischen Innenministerium, die sich gegen mich, aber auch gegen die Landsmannschaft Schlesien richteten. Den Auftakt dieser

Kampagne hatte Prof. Pietsch als Präsident der Bundesdelegiertenversammlung mit einer Intrige begonnen, indem er aus vertraulich zugeleiteten Redeentwürfen unter Bruch des Vertrauens dem Innenministerium Inhalte übermittelte, die nicht den Tatsachen entsprachen. Er bezeichnete meine Reden als polenfeindlich und gegen die Versöhnung gerichtet. Das Kesseltreiben wurde nach dem Deutschlandtreffen fortgesetzt. Haus Schlesien, vertreten durch Präsident Blaschke und Vizepräsident Pietsch, kündigte schon am 24. Juni die Geschäftsräume der Landsmannschaft. In mehreren Schreiben an Mitglieder des Vereins und an Funktionsträger unseres Verbandes hieß es, dass die Kündigung nur zurückgenommen würde, wenn ich als Bundesvorsitzender abgewählt sei. Diese Nötigung an Delegierte der Landsmannschaft wurde durch ein Schreiben des niedersächsischen Innenministerium vom 24. September verstärkt, indem man die Verweigerung weiterer staatlicher Mittel ankündigte, falls keine Umorientierung der Landsmannschaft erfolge.

Leider hat dieser Druck bei einigen Delegierten gewirkt, so dass mir eine Mehrheit versagt blieb. Obwohl die Landesgruppe NRW ca. 38 Prozent der Mitgliedsbeiträge an die Bundeslandsmannschaft aufbringt, hat sie nur sieben Delegierte in der Bundesversammlung (ca. 14 Prozent), weil nach der Satzung auch korporative Mitglieder ohne Beitragszahlung stimmberechtigt sind. Ebenso haben auch verschiedene kleine Landesgruppen, die nur einen Mindestbeitrag von 500 € jährlich entrichten, Stimmrecht. Bedanken möchte ich mich aber ausdrücklich bei denen, die mich unterstützt haben. Leider war das nicht bei allen Delegierten aus NRW der Fall.

Nach dem Deutschlandtreffen erreichte mich eine Flut zustimmender Briefe, die mich aufmunterten und aufforderten, nicht aufzugeben. Schon während des Deutschlandtreffens war mir große Zustimmung in einer noch nicht bekannten Weise entgegengeschlagen. Deshalb weiß ich, dass die große Mehrheit der Mitglieder auf meiner Seite steht. Leider erreichte mich aber auch ein Zeitungsartikel aus Bonn, den ich Ihnen beifüge. Hierin wird behauptet, dass die Mitglieder Kritik an meinen Reden geübt hätten und eine Neuwahl des gesamten Bundesvorstands mit ihrer Unterschrift gefordert hätten. Erboste Mitglieder leiteten mir den beigefügten Artikel (Bonner General-Anzeiger vom 02.10.2013) zu. Dabei erfolgte die Feststellung, dass die versammelten Schlesier meine Reden überhaupt nicht kannten. Außerdem hieß es, dass die Anwesenden und nur um Unterschriften ersucht wurden, um in Haus Schlesien bleiben zu können.

Der Vorsitzende Rauhut bewirbt sich jetzt sogar um den Bundesvorsitz. Für mich kann es nicht sein, daß die Landsmannschaft sich durch lancierte Artikel selbst ins Zwielflicht setzt. Es ist für mich wichtig, wie die Meinung in den Gruppen jetzt ist. Bitte teilen Sie mir mit, wie Sie die Situation beurteilen. Für mich steht die Unabhängigkeit der Landsmannschaft an oberster Stelle. Fremdbestimmung und Gängelung lehne ich ab. Wenn Haus Schlesien forderte, mir meine Reden von der Landesregierung in Niedersachsen genehmigen zu lassen, so zeigt dies, wie unterwürfig schon gedacht wird. In einer Demokratie muss das freie Wort bleiben. Verbände müssen ihren Auftrag erfüllen können - ohne Einflußnahme staatlicher Stellen. In diesem Sinne hoffe ich auf Ihre Unterstützung. Ich grüße Sie mit einem herzlichen

Schlesien Glückauf

Rudi Pawelka, Landesvorsitzender

**Anmerkung:** Der Landesgruppenvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen in NRW bedankt sich bei Herrn Rudi Pawelka für die viele Jahre währende Zusammenarbeit auf Bundes- und Landesebene und bittet um deren Fortführung.

**Folgender Kommentar von Gernot Facius erschien in der Sudetenpost Folge 11 vom 7. November 2013, weitergeleitet durch Rundschreiben (Newsletter) der SLÖ (Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreich) am 18.11.2013.**

Von Gernot Facius

Dass es in Verbänden, Parteien und Organisationen mitunter mal heftig kracht, ist das Normalste der Welt; einen Streit auszufechten gehört zur politischen Hygiene. Dass dabei Führungspersonen ihr Amt verlieren können, ist auch nicht unbedingt eine Aufregung wert. So gesehen könnte man den aktuellen Konflikt in der Landsmannschaft Schlesien (LS) getrost vergessen, wüfen nicht die Umstände der Abwahl des seit dreizehn Jahren amtierenden Vorsitzenden Rudi Pawelka ein Licht auf die innere Verfassung von Vertriebenenorganisationen: Sie lassen sich mehr und mehr von der Politik vorschreiben, wie sie zu ticken haben. An Pawelkas Amtsführung mag einiges auszusetzen sein, das betrifft aber nicht den Kern des Skandals. Der LS-Vorsitzende wurde gestürzt, weil Vorstandskollegen einem Wink aus der Landesregierung in Hannover folgten. Was war geschehen? Der CDU-Mann Pawelka hatte auf dem traditionellen Deutschlandtreffen der Schlesier in der niedersächsischen Landeshauptstadt die Forderung nach einer Entschuldigung Polens und der Tschechischen Republik für die Vertreibung der Deutschen erneuert. So etwas gilt heute als politisch unkorrekt und wird geahndet. Durch Liebes- und Mittelentzug. Von 2015 an werde es keine finanzielle Förderung des großen Landsmannschaftstreffens mehr geben, sollte es nicht zu grundsätzlichen Umorientierungen des Verbandes und seiner Aktivitäten kommen, schrieb die rot-grüne Regierung an LS-Vorstandsmitglieder. Und weiter: Künftig müsse sichergestellt werden, dass die Landsmannschaft sich dem „Gedanken der Aussöhnung“ verschreibe und von, „rückwärtsgewandten und revanchistischen Äußerungen“ ablasse. Es folgte die Drohung: "Das Schlesiertreffen wird also nur Bestand haben, wenn es sich als Brücke ins heutige Schlesien, als Ort der Begegnung und des kulturellen Austausches sowie des generationenübergreifenden Dialogs versteht."



Jetzt weiß man es also. Hinter den schönen Worten Begegnung und Dialog verbirgt sich die Absicht, die Deutungshoheit über „Aussöhnung“ zu beanspruchen. Der aus der moraltheologischen Sphäre stammende Begriff „Versöhnung“ beziehungsweise „Aussöhnung“ wird politisch umgemünzt - und gegen die Landsmannschaft gewendet. Es wird ignoriert, dass Vertriebenenorganisationen seit Jahrzehnten Kontakte mit Kommunen, Verbänden, Kirchen und Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft in den ehemaligen Vertreiberstaaten pflegen. Oberlehrerhafte Belehrungen haben sie nicht nötig. Man verlangt von ihnen politisches Wohlverhalten, das ist der Skandal. Wer darauf beharrt, Warschau und Prag an die an Deutschen verübten Verbrechen zu erinnern und Gesten der Heilung von Unrecht einzufordern, wird als Unruhestifter und Revanchist stigmatisiert. Kulturorganisation ja, Opferverband, der Rechtsansprüche geltend macht, entschieden nein: Das ist die brutale Botschaft von der Leine(fluß Hannover). Die Politik sagt, wo es langzugehen hat. Wer nicht in dieser Spur bleibt, wird von den staatlichen Geldtöpfen weggedrängt. Dass in ihnen auch Steuern von Heimatvertriebenen stecken, spielt dabei keine Rolle. Wichtig ist: Man erzieht sich Organisationen, die sich vor der Peitsche der Politischen Korrektheit (und damit vor dem Verlust an Verbandsmitteln) fürchten. Das niedersächsische Beispiel ist kein Einzelfall, Pressionen und Pressionsversuche sind auch aus unionsgeführten Landesregierungen bekannt, von der Bundesregierung ganz zu schweigen. Der missliebige Pawelka, das muß man ihm zugutehalten, gehört zum Verein für deutliche Aussprache. Er meldet sich auch dann zu Wort, wenn andere schweigen. Mit einer Stellungnahme im Pressedienst Schlesien geißelte er die Scheu deutscher Politiker, das Wort „Vertreibung“ in den Mund zu nehmen. Pawelka nahm dabei auch die Konzeption der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ unter die Lupe. Leider sei vielen nicht aufgefallen, auch den Vertretern der Vertriebenen im Stiftungsrat nicht, wie Tatbestände durch Worte verfälscht würden: Bis zur Verabschiedung des Potsdamer Protokolls am 2. August 1945 spricht die Konzeption von 'wilden Vertreibungen', danach gibt es nur noch Zwangsaussiedlungen, die auf der 'Grundlage der Potsdamer Konferenz' erfolgte“. So als sei durch die Großen Drei neues Recht geschaffen worden. Für die Vertriebenen bedeute dies eine tiefe Demütigung, weil man verschweige, daß sie unter Bruch des Völkerrechts durch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vertrieben worden seien. Man billige ihnen nur zu, zwangsausgewiesen zu sein. Ausweisung heiße nach einschlägigen Wörterbüchern, die polizeiliche Ausweisung eines Ausländers aus einem Staat: „Die Vertriebenen wurden demnach auf der Rechtsgrundlage von Potsdam wie Ausländer ausgewiesen, und zwar innerhalb Deutschlands.“

Solch klare Worte wünschte man sich auch von der deutschen Politik im Jahr 2013. Sie aber duckt sich hinter - dubiosen - Rechtsauffassungen der Siegermächte. Die Vertreibung war eine gegen das Völkerrecht - auch das damalige - verstoßende ethnische Säuberung“, schrieb 2003 der SPD-Politiker Peter Glotz („Die Vertreibung - Böhmen als Lehrstück“). Vertreibungen seien Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Schon das Internationale Militärtribunal von Nürnberg habe so entschieden, genau zu der Zeit, als die Tschechen die Sudetendeutschen vertrieben. Im Statut des Tribunals ist die „Deportation“ als Straftatbestand schon enthalten. Ein Exkurs in die unmittelbare Nachkriegszeit schafft Klarheit. Den deutschen Angeklagten, die für Hitlers Massendeportationen mitverantwortlich waren, wurde am 20. November 1945 vom französischen Ankläger vorgehalten: „Solche Deportationen verletzen die internationalen Konventionen, insbesondere Artikel 46 der Haager Landkriegsordnung von 1907, die Kriegsgesetze und Gebräuche, die allgemeinen Grundsätze des Strafrechtes, wie sie sich aus den Strafgesetzen aller zivilisierten Nationen herleiten, die Strafgesetze jener Länder, in denen solche Verbrechen verübt wurden, und Artikel 6 b des Statuts.“ Artikel 6 b betraf Kriegsverbrechen. Der Sozialdemokrat Glotz, 1939 in Eger geboren, hatte noch den Mut, auf die Verletzungen des Völkerrechts hinzuweisen, aus denen sich eine Pflicht zur rechtlichen Heilung ergibt. Die nachfolgende Politikergeneration hat sich von dieser Position weit entfernt - oder nimmt die völkerrechtlichen Implikationen nicht zur Kenntnis. Sie negiert auch das Faktum, dass im Potsdamer Protokoll keine Aussage über den Entzug des Vermögens der vertriebenen Bevölkerung getroffen wurde; sie stellt sich taub, wenn von Betroffenen beziehungsweise deren Nachkommen die Eigentumsfrage thematisiert wird - oder stellt Forderungen nach Wiedergutmachung pauschal unter Revanchismusverdacht. Dabei müsste auch den Akteuren in - Berlin, München und andernorts klar sein: Auf den Eigentumstitel generell zu verzichten würde bedeuten, die Entrechtung und spätere Vertreibung anzuerkennen. Muss man an diesen Zusammenhang erinnern? Offensichtlich ja“.

Sehr geehrter Herr Jostmeier,

herzlichen Dank für die positive Rückmeldung auf die Veröffentlichung der Feierstunde der CDU zum Tag der Heimat auf unserem Videokanal! Die Rede von Herrn Prof. Baring, welche die bei weitem höchsten Zugriffszahlen verzeichnen kann, habe ich ungekürzt und im vollständigen Originalwortlaut veröffentlicht. Es ist zu wünschen, dass seine Ausführungen den einen oder anderen zum Nachdenken anregen. Bedanken möchten wir uns ebenfalls noch einmal für die Filmgenehmigung anlässlich des Tages der Heimat im Landtag! Mit freundlichen Grüßen Jochen Zauner  
**Von:** [Werner.Jostmeier@landtag.nrw.de](mailto:Werner.Jostmeier@landtag.nrw.de) [<mailto:Werner.Jostmeier@landtag.nrw.de>]  
**Gesendet:** Montag, 28. Oktober 2013 13:42  
**An:** [Presse@Ostpreussen-NRW.de](mailto:Presse@Ostpreussen-NRW.de); [Buero@Ostpreussen-NRW.de](mailto:Buero@Ostpreussen-NRW.de)  
**Betreff:** YouTube Videos zum Tag der Heimat im NRW-Landtag

Sehr geehrte Damen und Herren, auf diesem Wege möchte ich mich, nachdem ich mich auf YouTube bei Ihrem Ostpreußen TV umgesehen habe, ganz herzlich für die Einstellung und Bearbeitung der Videos zu den Redebeiträgen der Feierstunde der CDU Landtagsfraktion NRW zum Tag der Heimat bedanken. Die Reaktionen und die vielen

Zugriffe zeigen ja, wie hilfreich und wie wirksam diese Veröffentlichung ist. Ich selber habe für diese Veranstaltung am 10. September im Landtag auch sehr viel positive Kritik bekommen, für die ich sehr dankbar bin. Möglicherweise haben Sie die Festrede von Herrn Prof. Baring in einigen etwas kritischeren Sequenzen ein wenig um 2-3 Minuten verkürzt, Nachdem ich die jetzt noch einmal komplett gehört habe, scheint mir diese auch an den Stellen, wo er auf die Franzosen und auf die französische Geschichte Bezug nimmt, gar nicht mehr so problematisch, wie sich das bei dem ein oder anderem an dem Tag selbst angehört hat. Mit einem nochmaligen herzlichen Dankeschön verbleibe ich, mit freundlichen Grüßen Ihr Werner Jostmeier

Alfred E. Zips, 37520 Osterode, Förster Str. 106

Osterode, den 6. Sept. 2013

### Offener Brief

Herrn Bundespräsident Joachim Gauck

Spreeweg 1, 10557 Berlin

Herr Bundespräsident,

nun also Oradour, wieder im Kniefall, wieder ein Schuldbekenntnis und wieder übernehmen Sie das Dogma der Sieger **Deutsche Schuld, gestern, heute, morgen und in alle Ewigkeit?**

Wer ihr von Gram zerfurchtes Gesicht sieht, ist versucht, Mitleid mit Ihnen zu empfinden. Oder Enttäuschung und Wut über einen Bundespräsidenten, der schon wieder seinem Amtseid nicht gerecht wird?

Zu diesem gehört – sine qua non – sein eigenes Volk zu verteidigen, wo immer das möglich und nötig ist. Wenn Sie, was doch eigentlich selbstverständliche Pflicht in Ihrem Amt sein müßte, sich über die Fakten zu Oradour vor Ihrer Reise informiert hätten, vielleicht sogar das vor einigen Jahren erschienene Buch des französischen Wissenschaftlers Vincent Reynouard „**Die Wahrheit über Oradour**“ gelesen hätten, dann hätten Sie sich diese Reise und damit einen weiteren Beweis Ihrer Unwissenheit ersparen können.

Versöhnung ja, aber ohne Anerkenntnis der Wahrheit bleibt das Wort eine hohle Phrase und ohne zukunftsfähiges Fundament.

Ihr Auftreten und Ihre mangelnde Sensibilität gegenüber historischen Fakten ist zutiefst beschämend.

**Alfred E. Zips**

#### Sponsoren gesucht für

„Die Gedenkstätte des Deutschen Ostens“ in Solingen, Schloß Burg a. d. Wupper  
u n d

Kultur- und Tagungszentrum, - Gedächtnisstätte -, Hauptstr. 2, 99628 Guthmannshausen,  
Spendenkonto: Kto. 17221305, BLZ 25010030, Postbank Hannover

#### Frau Ingrid Alpers, Rendsburger Landstr. 365, 24111 Kiel schreibt:

Nachfolgender Hinweis informiert Sie u. a. über Bücher und Karten, die für Sie von Interesse sein könnten. Bei den Angeboten handelt es sich um Gegenstände aus zwei Haushaltsauflösungen, die zum Teil aus Doubletten bestehen, für mich nicht von Interesse sind oder sich ohnehin schon in meiner Sammlung befinden. Sie können die Karte einfach aufbewahren und so jederzeit neu hinzugekommene Dinge wahrnehmen:

Karten, Bildkarten, Meßtischblätter, Schallplatten, Stiche, Bücher u. a.

Themen: Ost- u. Westpreußen, Pommern, Schlesien, Oberschlesien, dt. Siedlungsgebiete, Kultur, Politik, Nationalsozialismus, Kommunismus, Militär, Vertriebenenverbände u. a. Das Angebot finden Sie bei

[www.booklooker.de](http://www.booklooker.de)

Suche nach Mitgliedern, dann: **marketerder10**, Weitere Angebote finden Sie auch unter Mitglied: **bücherbord10**.

**Erster Weltkrieg: Die deutsche Lust an der Universalschuld** von [Michael Klonovsky](#)

**Im Ausland besteht über das weite Feld der Kriegseröffner längst Konsens**

**Die „FAZ“ interviewt den australischen Historiker Christopher Clark**, dessen Buch „Die Schlafwandler“ den Ausbruch des Ersten Weltkriegs behandelt. Darin nimmt Clark das Reich dezidiert gegen den Vorwurf in Schutz, mehr Schuld als die Entente-Staaten am Kriegsausbruch zu tragen, was unter den meisten Historikern, speziell in der angelsächsischen Welt, ohnehin längst Konsens ist. Clark führt unter anderem aus, dass die deutsche Flottenrüstung die Briten nicht übermäßig beunruhigte, weil ihre Überlegenheit zu deutlich war, er nennt das französisch-russische Zusammengehen „das aggressivste Bündnis auf dem europäischen Kontinent“, welches ausschließlich gegen Deutschland gerichtet war, und er thematisiert das seit dem Dreißigjährigen Krieg bestehende deutsche Trauma der geografischen Mittellage, welches zwar ohnehin mit Händen zu greifen und anhand der diplomatischen und militärischen Dokumente leicht zu beweisen ist, von bundesrepublikanischen Historikern in den letzten Jahrzehnten aber gern belächelt, kleingeredet oder pathologisiert wurde. Dass Clark mit solchen Feststellungen in manchen deutschen Redaktions- und Gelehrtenstuben nicht übermäßig willkommen ist, sollte niemanden überraschen.

Aber warum eigentlich nicht? Wären wir nicht überrascht, wenn russische, englische und französische Medien anfangen, den Anteil ihrer Länder am Kriegsausbruch 1914 besonders herauszustreichen? Würden wir uns, um den Bogen gleich weiter zu spannen, nicht wundern, wenn polnische Öffentlichkeitsarbeiter plötzlich die Zwischenkriegspolitik ihres Landes als aggressiv und konfliktfördernd brandmarkten? Wären wir nicht bass erstaunt, wenn englische Zeitungen im großen Stil darauf insistierten, dass die Royal Air Force den Bombenkrieg gegen zivile Ziele lange vor Hitler in Nordafrika trainiert habe? Würde es uns nicht verblüffen, wenn russische Historiker plötzlich mit Nachdruck darauf bestünden, dass keineswegs Hitler den Zweiten Weltkrieg allein begonnen habe, sondern man als Kriegseröffner mit ihm und trotz seiner kalkulierten 14-tägigen Verspätung Stalin in einem Atemzug nennen müsse?

Nicht, dass man dergleichen Ansichten, die ja schwerlich von der Hand zu weisen sind, in diesen Ländern überhaupt nicht lesen könnte, aber sie wären dort nicht gesellschaftsfähig. Die Anderen halten es einstweilen noch für angezeigt, das eigene Land und das eigene Volk im Zweifelsfall eher zu verteidigen als anzuschwärzen. Nur hierzulande gilt absonderlicherweise das Gegenteil. Ein gewisser akademischer oder intellektueller Typus will sich die deutsche Universalschuld an allen Übeln ab ca. 1871 und also auch am Ersten Weltkrieg nicht nehmen lassen, ob nun aus einem perversen Vergnügen, aus schierer Denkfaulheit oder zum prosaischen Zwecke der Diskursherrschaft. Wie es auf einen ausländischen Beobachter wirkt, wenn diese Allzudeutschen ständig ihre Vorfahren bezichtigen, mag sich jeder selbst zusammenreimen. Die psychologisch interessante Frage lautet, ob die Bereitschaft vieler bundesrepublikanischer Meinungsmacher, ihrem Land eine historische Sonderschuld weit über das Dritte Reich hinaus aufzuladen, mit der Bereitwilligkeit der momentanen politischen Eliten dieses Landes korreliert, für die Schulden anderer europäischer Staaten nahezu bedingungslos zu haften.

Für die deutsche Version der 1919 zu Versailles zementierten These von der Kriegsschuld des Kaiserreichs zeichnete bekanntlich der Historiker Fritz Fischer mit seinem 1961 erschienenem Buch „Griff nach der Weltmacht“ verantwortlich. Über Fischer sollte man wissen, dass er sich bereits in der Weimarer Republik bei den Völkischen engagierte, 1933 in die SA und 1937 in die NSDAP eintrat und 1939 Stipendiat des NS-Historikers Walter Frank wurde. Ich weiß, das muss nichts bedeuten, aber angesichts der Tatsache, dass die Schärfe, moralische Aufladung und der „Drive“ der sogenannten Vergangenheitsbewältigung in fast allen Einzelfällen mit persönlichem bzw. familiärem Verstricktsein der Bewältiger zusammenhängen, unterstelle ich im Falle Fischers mindestens ein gewisses Quantum des berühmten Renegateneifers. Clark nimmt Fischer im „FAZ“-Interview übrigens in Schutz, indem er ausführt, er habe das Kriegsschuldkapitel erst auf den Druck von Kollegen nachträglich in sein Buch eingebaut. Aber wie wir Nachgeborenen inzwischen kapiert haben sollten, ist keiner, der 1939 bis 1945 in das Regime involviert war, zu einer wirklichen Objektivität imstande. Solche Leuten werden nie eine unabhängige, von Hintergedanken und Bußübungen freie Ansicht zu einem Thema äußern, das in irgendeiner Weise mit dem Dritten Reich in Verbindung gebracht werden könnte. Man soll es also auch nicht erwarten.

P.S.: Ich will fairerweise noch auf die Möglichkeit hinweisen, dass Fischer und seine Nachfolger mit ihrer Einschätzung recht haben könnten. Ich will fairerweise ebenfalls darauf hinweisen, dass es Thesen zu den Ursachen der beiden untrennbar miteinander verknüpften Weltkriege gibt, die nicht weniger plausibel, aber höchst anstößig, ja quasi verboten sind.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [Acta diurna](#), 26. September 2013 ,

Copyright 2010 Lichtschlag Verlag KG/Design and Programming by greybyte using Django and Performancings' Modernpaper template

**Deutschlandtreffen  
der Ostpreußen**

17. - 18. Mai 2014, Messe Kassel  
Großkundgebung am Sonntag,  
18. Mai 2014, 11.00 Uhr, Rothenbachhalle  
Landsmannschaft OstpreußenBuchtstr. 4 · 22087 Hamburg · Telefon: 040/41 40 08-0  
[www.ostpreussen.de](http://www.ostpreussen.de)

The advertisement features a central illustration of a large, ornate building, likely a church or historical structure, surrounded by numerous coats of arms from various regions. The text is prominently displayed in the center, providing details about the event's dates, location, and contact information.





# Ostpreußentreffen auf Schloss Burg an der Wupper

Den Menschen mit Zwang von seiner Heimat zu trennen,  
bedeutet, ihn im Geiste zu töten.  
Wir haben dieses Schicksal erlitten und erlebt.



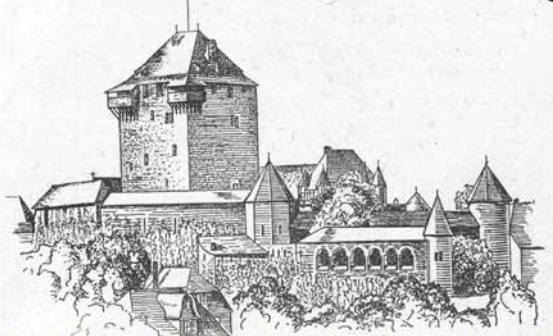
- über 69 Jahre -  
- Flucht und Vertreibung -  
- Unrecht bleibt Unrecht -

**- Ostpreußen -  
über 3000 Jahre  
preußisch-preußisch-deutsche  
Heimat!**



## 20. Juli 2014

## Schloss Burg bei Solingen



63 Jahre Gedenkstätte des deutschen Ostens

**Beginn: 11.00 Uhr**

**Kundgebung: 14.00 Uhr**

[www.Ostpreussentreffen-NRW.de.vu](http://www.Ostpreussentreffen-NRW.de.vu)

Anfahrt über A1, Ausfahrt Wermelskirchen  
Schlossplatz, 42659 Solingen

**65 Jahre (1949 - 2014)**

**Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe Nordrhein-Westfalen e. V.**

59929 Brilon, Buchenring 21, Telefon: 02964-1037, Fax: 02964-945459

E-Post: [Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de](mailto:Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de)

**NRW**